

Leitlinien gewerkschaftlicher Entwicklungszusammenarbeit. Wie man Globalisierung mit sozialem Fortschritt verbindet.

Fritz Heil
Stiftung Soziale Gesellschaft – Nachhaltige Entwicklung/
Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt
Luisenstraße 38
10117 Berlin
Deutschland

Email: fritz.heil@igbau.de
www.ssgne.de

Dieser Text versteht sich weniger als wissenschaftliche Abhandlung über gewerkschaftliche Entwicklungszusammenarbeit, sondern mehr als Erfahrungsbericht und kritische Reflektion nach zwei Jahren internationaler Gewerkschaftsarbeit.

1. Ungerechtigkeit als Herausforderung

Die bestehende ungleiche Verteilung des weltweiten Wohlstandes ist ein nicht zu leugnender Fakt. Es bleibt nach wie vor die größte weltweite Herausforderung allen Menschen dieser Erde ein ihnen würdiges Leben zu ermöglichen. Jede Politik, die das Ziel hat soziale Verbesserungen zu erreichen, muss an dieser Gegebenheit ansetzen.

Gleichzeitig ist zu erkennen, dass es einen erheblichen wirtschaftlichen Aufschwung in einigen Schwellenländern des Südens gegeben hat. Die plumpe Aufteilung der Welt in den armen Süden und reichen Norden verhindert eine differenzierte Betrachtung globaler

Ungerechtigkeit. Auch wenn das Problem der absoluten Armut weiterhin ein Phänomen des Südens ist, so gibt es relative Armut sowohl in Industrie- wie auch in Entwicklungsländern. Indien steht als Beispiel für eine Gesellschaft in der Armut und Reichtum neben einander existieren. Auf der Weltbühne rückt Indien als aufstrebendes Schwellenland immer mehr in den Mittelpunkt des Interesses während es noch immer Millionen Inder gibt, die nur mit größter Schwierigkeit ihren Lebensunterhalt bestreiten können. Millionen haben keinen Zugang zu Bildung und Kinderarbeit ist weit verbreitet.

Die Entwicklung zum Beispiel in Deutschland der letzten Jahre hat gezeigt, dass Reallöhne stagnieren, während Unternehmensgewinne steigen. Es gibt weder in Nord noch Süd ein automatisches „Durchsickern“ der Gewinne nach unten.

Es ist nicht zu leugnen, dass von wirtschaftlicher Verflechtung und wirtschaftlichem Wachstum einige Bevölkerungsgruppen mehr profitieren als andere. Die Verflechtung der Weltmärkte über Freihandelsabkommen wirft die Frage auf, in wessen Interesse diese geschehen. Es entstehen Konkurrenzsituationen, in denen wirtschaftliche Subjekte mit sehr unterschiedlichen Voraussetzungen aufeinander treffen. Das Credo der Freihandelsbefürworter lautet, dass von internationalem Handel alle Länder profitierten. Auch wenn diese Annahme zutreffen sollte, wäre noch nicht gesagt, dass alle Bevölkerungsgruppen eines Landes von Freihandel profitieren. Selbst bei allgemeinen Wohlstandssteigerungen gibt es in einem Land Gewinner und Verlierer.

Die Globalisierung, wie wir sie jetzt erleben, ist ein politisch gemachter Prozess. Sie ist keine quasinatürliche Gegebenheit, sondern die Aneinanderreihung einzelner politischer Entscheidungen. Es ist zu einfach dieser unter neoliberalen Vorbild sich vollziehenden Globalisierung die Verantwortung für alle globalen Probleme und weltweite Wohlstandsunterschiede zuzuschreiben. Zumindest hat die Erfahrung der letzten Jahre gezeigt, dass die Verteilung von Nutzen und Kosten – im Norden wie im Süden – unterschiedlich verteilt sind. Die jetzige Globalisierung ist kein Programm zu mehr Entwicklung und sozialem Fortschritt in Nord und Süd.

Gewerkschaften treten mit dem Ziel an, die Arbeitsbedingungen ihrer Mitglieder zu verbessern und sie am wirtschaftlichen Erfolg gerecht zu beteiligen. Sie setzen sich in Verhandlungen für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen ein. Durch internationale wirtschaftliche Verflechtung stehen sie vor neuen Herausforderungen. Internationale

Arbeitsmigration, Konkurrenz um niedrige Arbeits- und Sozialstandards, international operierende Unternehmen mit erheblichem wirtschaftlichen und in der Folge politischen Einfluss treten in den Vordergrund. Gleichzeitig wächst das Bewusstsein weltweit über die Endlichkeit natürlicher Ressourcen und die begrenzte Belastbarkeit des Weltökosystems, womit sich neue Problemstellungen und Handlungsfelder für internationale Gewerkschaftsarbeit eröffnen.

Die institutionelle Durchschlagskraft von Befürwortern einer auf Liberalisierung und Privatisierung fußenden Globalisierung manifestiert sich in Organisation wie der Welthandelsorganisation, die über umfangreiche Mechanismen verfügt die Mitgliedsstaaten auf die Einhaltung getroffener Vereinbarungen zu drängen.

Die internationale Gewerkschaftsbewegung dagegen wird stark von ihren Mitgliedsorganisationen in Europa getragen, die in den letzten Jahren fast durchgehend Mitglieder verloren haben und deshalb geschwächt sind. Nichts desto trotz verfügt die Bewegung weiterhin über ein weites internationales Netzwerk und ist in vielen Ländern mit nationaler Politik verflochten.

Auf dem Hintergrund der skizzierten Rahmenbedingungen stellt sich die Frage nach Handlungsansätzen für Gewerkschaften mit dem Ziel eine **gerechte, nachhaltige Entwicklung** weltweit zu erwirken.

2. Ziele gewerkschaftlicher Entwicklungszusammenarbeit

Die internationale Gewerkschaftsbewegung ist dem Ziel einer gerechten, nachhaltigen Entwicklung verpflichtet. Als Entwicklungszusammenarbeit verstehen sich alle Maßnahmen, die auf eine weltweite nachhaltige und gerechte Entwicklung hinwirken. An erster Stelle steht die weltweite Erhöhung von Arbeitsstandard und die gerechte Verteilung der nationalen Einkommen. Gerecht ist in diesem Zusammenhang nicht losgelöst von den nationalen Gegebenheiten zu verstehen, d.h. eine gerechte Verteilung in einem reicheren Land bedeutet etwas anderes als eine gerechte Verteilung in einem armen Land. Eine internationale Nivellierung von Einkommen und Arbeitsstandards auf niedrigem Niveau muss vermieden werden. Die gewerkschaftliche Bewegung versteht sich als Gegenmacht zur Dominanz von

Unternehmen und Kapitalinteressen. Sie wendet sich gegen den neoliberalen Mainstream in der Wirtschaftspolitik.

Entwicklung wird nicht einseitig als wirtschaftliches Wachstum gesehen. Gewerkschaften setzen sich für politische Teilhabe, für Menschenrechte und den Schutz der natürlichen Lebensumwelt ein. Eine gerechte Entwicklung wird nur möglich sein, wenn international anerkannte Mindestarbeitsstandards durchgesetzt werden.

Die Kernarbeitsnormen der ILO (Internationalen Arbeitsorganisation) bieten hierfür den nötigen Rahmen. Sie sind gemeinsam von Regierungen, Vertretern von Arbeitnehmern und Arbeitgebern festgelegt worden. Zu ihnen gehören die Vereinigungsfreiheit und das Recht auf kollektive Verhandlungen, die Abschaffung von Zwangsarbeit, gleiche Bezahlung für gleichwertige Arbeit, das Verbot von Diskriminierung am Arbeitsplatz und die Abschaffung von Kinderarbeit.

Die Durchsetzung der grundlegenden Standards ist wesentliche Voraussetzung für eine weltweite gerechte Entwicklung. Dafür bedarf es jedoch Institutionen, die in der Lage sind diese Rechte einzufordern und gegen Widerstände durchzusetzen. Oftmals ist der Staat hiermit überfordert oder nicht Willens deren Einhaltung zu garantieren. Ein wesentliches Element internationaler Gewerkschaftsarbeit ist daher der **Aufbau von Strukturen, die eine Durchsetzung hoher Arbeitsstandards und hoher Löhne** ermöglichen. Die Stärkung der internationalen Gewerkschaftsbewegung und von Partnergewerkschaften im Süden zählt daher zu den wesentlichen Aufgaben.

3. Agenturen gewerkschaftlicher Entwicklungszusammenarbeit

Die Stärkung von Gewerkschaften in Ländern des Südens braucht starke Agenturen, die diese vorantreiben und unterstützen. Der Blick in die Golfstaaten oder nach China zeigt, dass alleine die Existenz einer Arbeiterklasse bei gleichzeitig existierendem Verteilungsspielraum noch nicht dazu führt, dass sich freie und unabhängige Gewerkschaften gründen, die ihre Interessen durchsetzen können. Die politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen stehen in vielen Ländern freier Gewerkschaftsarbeit entgegen. Auch die internationale

Arbeitsorganisation ist alleine zu schwach auf die Einhaltung ihrer Resolutionen und Empfehlungen zu dringen.

Die internationale freie Gewerkschaftsbewegung hat verschiedene Strukturen, über die Lobbying für eine gerechte und nachhaltige Entwicklung, Beratung von Gewerkschaften und die Finanzierung von Projekten gewerkschaftlicher Entwicklungszusammenarbeit geleistet werden.

Die Einzel- und Branchengewerkschaften wie die IG Bauen-Agrar-Umwelt sind auf internationaler Ebene in den so genannten GUF (Global Union Federation) organisiert. Die Metallgewerkschaften organisieren sich in der International Metalworkers' Federation die Bau- und Holzgewerkschaften in der Building and Woodworkers' International (BWI). Entsprechende Dachorganisationen gibt es auch für andere Branchengewerkschaften.

BWI ist zur Zeit gegen Kinderarbeit, für ein weltweites Asbestverbot, für die internationale Regulierung von Arbeitsmigration aktiv und unterstützt die Partnergewerkschaften im Süden beim Aufbau und der Festigung ihrer Strukturen.

Die Dachverbände – in Deutschland ist es der DGB (Deutscher Gewerkschaftsbund) – sind unter dem Dach des internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) vereinigt. Dieser beteiligt sich am Lobbying für eine gerechte und nachhaltige Entwicklung weltweit.

Neben diesen originären Gewerkschaftsorganisationen existieren mehrere Institutionen, die das Ziel einer aktiven Förderung der internationalen Gewerkschaftsbewegung unterstützen. Dazu gehört beispielsweise die Friedrich Ebert Stiftung, die mit einem weltumspannenden Netz an Auslandsvertretungen Gewerkschaften vor Ort durch Beratung, Weiterbildung und Projektförderung unterstützt. Die GUF und deutsche Gewerkschaften profitieren von dieser existierenden Infrastruktur bei ihrer Arbeit auch bei bilateralen Kontakten.

In skandinavischen Ländern ist beispielsweise SASK Finnland Agentur für die Finanzierung und Durchführung von Projekten der Entwicklungszusammenarbeit.

Neben der Arbeit in internationalen Föderationen sind die einzelnen Gewerkschaften in bilaterale Projekten engagiert, die in der direkten Zusammenarbeit oder über Bildungswerke und Stiftungen betreut und gemanagt werden. Bei der IG BAU ist es die Stiftung Soziale Gesellschaft – Nachhaltige Entwicklung, die in der internationalen Arbeit engagiert ist. Sie unterstützt ein Projekt in Nepal gegen Kinderarbeit, ein Berufsbildungszentrum in Burkina

Faso und arbeitet mit dem Verein Xertifix für die Zertifizierung von importierten Steinen aus Indien, die nicht aus Kinderhand gefertigt wurden, zusammen.

4. Ansätze Internationaler Gewerkschaftszusammenarbeit

Internationale Gewerkschaftszusammenarbeit ist vielfältig und verfolgt mehrere Handlungsansätze. Zum einen wird versucht über politisches **Lobbying** für eine gerechte nachhaltige Entwicklung einzutreten. In internationalen **Projekten** wird der Ansatz verfolgt konkrete Verbesserungen für die Menschen vor Ort zu erreichen und gleichzeitig Gewerkschaften vor Ort zu stärken.

Auch international tätige Unternehmen stehen im Zentrum internationaler Gewerkschaftsarbeit. Zwar sind klassische Tarifverhandlungen nicht möglich. Jedoch sind die GUF engagiert, mit weltweit tätigen Unternehmen internationale Rahmenabkommen zu schließen, in denen sich Unternehmen auf die Einhaltung von international anerkannten Mindeststandards verpflichten. Probleme gibt es bei der Einhaltung der Standards nicht nur in Ländern des Südens. So verhinderte eine Tochterfirma von Hochtief in den USA effektive Gewerkschaftsarbeit auf ihren Baustellen und verstieß damit gegen die Bestimmungen im Rahmenabkommen zwischen Hochtief und BWI. Über direkte Intervention seitens der IG BAU bei Hochtief ist es gelungen, die amerikanische Tochter zu zwingen auf ihren Baustellen Gewerkschaftsarbeit zuzulassen.

Nachfolgend werden Beispiele internationaler Gewerkschaftsarbeit aufgegriffen. Dabei werden sowohl die Problemlage dargestellt, als auch kritische reflektiert, was bisher erreicht wurde und in welcher Richtung noch Potential zu sehen ist.

4.1 Lobbyarbeit: Beispiel Handelspolitik

Einer Handelspolitik unter neoliberalem Vorzeichen steht die weltweite Gewerkschaftsbewegung kritisch gegenüber. Der alleinige Abbau von Handelsbeschränkungen ist keine Entwicklungsstrategie und ist auch im Norden nicht ohne Auswirkungen auf Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen geblieben.

In einem Wettbewerb, in dem Arbeitsplätze in verschiedenen Ländern miteinander in Konkurrenz treten, sind Interessensgegensätze zwischen Arbeitnehmern weltweit existent. Eine höhere weltweite Nachfrage nach den eigenen Produkten sichert und schafft Arbeitsplätze im Heimatland im Norden und Süden. Im Kern ist sich die internationale Gewerkschaftsbewegung jedoch einig, dass es über Handelspolitik zu keiner Absenkung von Sozial- und Arbeitsstandards kommen darf. Denn diese sind die Grundlage für eine gerechte und nachhaltige Entwicklung.

Handelspolitik muss dem Ziel von mehr Entwicklung verpflichtet sein. Die Ausrichtung der Welthandelsorganisation (WTO), deren einseitiges Ziel die Absenkung von Zöllen und anderen Handelsbarrieren ist, wird gemeinsam abgelehnt. Im Laufe der laufenden Doha-Verhandlungsrunde ist sehr deutlich geworden, dass große Unternehmen einen viel besseren Zugang zu den Regierungen haben und deren Verhandlungsposition besser beeinflussen können als Gewerkschaften und zivilgesellschaftliche Gruppen.

Die europäische Kommission und an ihrer Spitze Peter Mandelson geben unumwunden zu, dass sie im Interesse großer europäischer Exportunternehmen handeln. Der Einsatz für die Förderung von Sozial- und Arbeitsstandards über die WTO ist bisher nicht von Erfolg gekrönt. Eher gilt es in der zur Zeit laufenden Welthandelsrunde zu verhindern, dass getroffene Entscheidungen die Entwicklungsmöglichkeiten einzelner Staaten unterminieren oder zu einer Absenkung von Sozialstandards in Nord wie in Süd führen. So wenden sich die Gewerkschaften aus den Schwellenländern gegen eine zu rasche Öffnung ihrer Märkte für Industriegüter, während aus Sicht der europäischen Baugewerkschaften die Verhinderung der Öffnung der Arbeitsmärkte für Entsendearbeit über das Dienstleistungsabkommen (GATS) einer der Hauptkritikpunkte ist.

Mit Erleichterung wurde deshalb zur Kenntnis genommen, dass die Verhandlungen über eine weitere Liberalisierung des Welthandels bei der WTO (World Trade Organization – Welthandelsorganisation) am 29. Juli 2008 ergebnislos abgebrochen worden sind.

Damit ist die Gefahr einer ideologischen Freihandelspolitik, wie sie EU-Kommissar für Außenhandel Mandelson in der WTO vertritt, zwar nicht gebannt. Die Liberalisierung des Welthandels wird zumindest verzögert. Zu befürchten ist, dass die Regierungen nun verstärkt versuchen werden zu einer Liberalisierung der Märkte in bilateralen Verhandlungen mit aufstrebenden Märkten zu kommen.

Es hat sich erneut gezeigt, dass die WTO undemokratisch organisiert ist. Von den über 150 Mitgliedsstaaten waren Minister aus nur ca. 30 Schlüsselstaaten eingeladen. Darüber hinaus wurden viele Kompromisse in einem Kreis von wenigen wichtigen Staaten ausgehandelt. Zu kritisieren ist auch, dass zivilgesellschaftliche Akteure nicht über die Verhandlungsposition informiert werden. Die Meinungsbildung findet weitgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit und ohne Beteiligung der Parlamente statt.

Die Welthandelsrunde wurde 2001 mit dem Ziel gestartet Entwicklung zu fördern und ist an diesem Anspruch bisher gescheitert. Sie ist für Gewerkschaften in Nord und Süd von großer Bedeutung, da Handelsentscheidungen direkte Auswirkung auf Arbeitsplätze haben können. In Europa hat der Binnenmarkt gezeigt, welche Veränderungen durch die Integration von Märkten ausgehen.

Zu konstatieren ist, dass die internationale Gewerkschaftsbewegung bei Welthandelsverhandlungen eher einen defensiven Kampf gegen eine Steigerung des weltweiten Wettbewerbs zu Lasten eines Großteils der Bevölkerung führt. Welch enormer Anstrengungen es bedarf einseitige Liberalisierungen von Märkten entgegen zu wirken, zeigt der Einsatz gegen die Dienstleistungsrichtlinie in der Europäischen Union. Die Proteste gegen die Dienstleistungsrichtlinie wurden von Gewerkschaften entschieden vorangetrieben. Der endgültig verabschiedeten Richtlinie konnten einige „faule Zähne“ im Vergleich zum ursprünglichen Entwurf gezogen werden, die Richtlinie als ganzes wurde jedoch nicht verhindert.

Der Gesetzgebungsprozess auf europäischer Ebene ist ein Indikator für die realen Kräfteverhältnisse, die auch auf internationaler Ebene vorherrschen. Zwar gelingt es über Allianzen negative Vorhaben zu verhindern oder zu verzögern. Daraus folgt im Umkehrschluss jedoch nicht die Möglichkeit neue Vorhaben wie das Ziel der Förderung von hohen Arbeits- und Sozialstandards in das Regelwerk der WTO zu erreichen.

4.2 Projektarbeit: Beispiel Kinderarbeit

Ein großer Teil der finanziellen Mittel in der internationalen Gewerkschaftsarbeit wird in die Durchführung von Projekten gesteckt. Mit den meisten Projekten werden doppelte Ziele verfolgt. Zum einen sollen konkrete Verbesserungen für die Bevölkerungen vor Ort erwirkt

werden. Zum zweiten sollen Gewerkschaften langfristig aufgebaut und gestärkt werden. Über Vorzeigeprojekte können Gewerkschaften gegenüber ihren Mitgliedern anzeigen, dass sie in der Lage sind, für die konkrete Verbesserung der Umstände Sorge zu tragen. Des Weiteren sind sie in engem Kontakt mit internationalen Gewerkschaftsverbänden und haben die Gelegenheit des gegenseitigen Erfahrungsaustausches.

In Nepal unterstützt die IG BAU und SASK Finnland ein Solidaritätszentrum in der Nähe von Katmandu. Nepal ist eines der ärmsten Länder Asiens und hat eine lange Periode von Bürgerkriegen und politischer Instabilität hinter sich. Der größte Teil der Nepalesen lebt im ländlichen Raum von der Landwirtschaft. Weil sich diese Arbeit auf eine Saison konzentriert sind viele Familien verpflichtet außerhalb der Landwirtschaft zu arbeiten, um ihr Auskommen über das Jahr zu sichern. Sie migrieren innerhalb von Nepal und arbeiten beispielsweise in Ziegelbrennereien. Ziegeln aus Lehm werden oft aus Kinderhand gefertigt.

Kinderarbeit ist in Nepal ein weit verbreitetes Phänomen, das auf verschiedene Probleme zurückzuführen ist. Dazu gehören Armut, niedrige Einkommen, hohe Arbeitslosigkeit bei Erwachsenen, Analphabetentum, Mangel an Bildung und ein Mangel an Problembewusstsein. Vielfach wird Kinderarbeit von den Eltern als Notwendigkeit angesehen.

Die Arbeit in Ziegelbrennereien ist von schwierigen Bedingungen geprägt. Lange Arbeitszeiten, Akkordarbeit, die Löhne werden zurückgehalten oder nicht pünktlich ausgezahlt. Die meisten der Arbeiter sind nicht gewerkschaftlich organisiert, ein Umstand, der sich auch aus dem saisonalen Charakter der Arbeit ergibt. Kinder helfen ihren Eltern bei der Arbeit.

Mit Schulen für arbeitende Kinder hat BWI bereits in Indien gute Erfahrungen gemacht. Das Konzept von Brückenschulen, in denen Kinder aus ihrer Arbeit geholt werden, hat sich bewährt. Sie erhalten die nötigen Grundbildung um herkömmliche, staatliche Schulen besuchen zu können. Damit soll der Teufelskreis aus Armut, Kinderarbeit und Analphabetentum durchbrochen werden.

Die Brückenschule übernimmt darüber hinaus weitere Funktionen. In ihrem Umfeld werden die Arbeiter für das Problem von Kinderarbeit sensibilisiert, sie werden für Gewerkschaftsarbeit gewonnen. In Kampagnen wird versucht die Ziegelbrennereibesitzer für kollektive Vereinbarungen zu gewinnen, um internationale Arbeitstandards durchzusetzen.

Die Brückenschule ist weiterhin ein Ort in dem Selbsthilfegruppen einen Treffpunkt vorfinden.

Das Projekt in Nepal ist nicht nur von Erfolg geprägt. Vielmehr zeigt sich wie schwierig es ist in einem politisch unsicheren Klima Projekte erfolgreich durchzuführen und die Umsetzung des Projektplanes zu gewährleisten. Nicht alleine guten Absichten, sondern die professionelle Durchführung, Selbstkritik und die Fähigkeit aus gemachten Fehlern zu lernen sind Erfolgsfaktoren für gewerkschaftliche Entwicklungszusammenarbeit.

Von diesem Projekt profitiert nur ein geringe Anzahl an Kindern und ihre Familie. Die Durchführung ist mit Schwierigkeiten verbunden und schnell stellt sich die Frage nach einem angemessenen Verhältnis aus eingesetzten Mitteln und tatsächlichen Ergebnissen. Dieser Sichtweise ist entgegenzusetzen, dass über die eigentlichen Projektziele hinaus auch internationale Zusammenarbeit an sich und die gemeinsame Arbeit in Nord und Süd zur Lösung von Problemen einen nicht zu unterschätzenden Wert hat. Projekte haben Symbolwirkung sowohl für Gewerkschaftsmitglieder im Norden als auch im Süden. Sie zeigen an, dass Kinderarbeit ein ernst zu nehmendes Problem ist, gegen das weltweites Eintreten sinnvoll ist. Sie bedeuten, dass man in Nord und Süd gemeinsam Verantwortung für Kinderarbeit trägt und zeigen, dass der einzige Weg zu einer gerechten, nachhaltigen Entwicklung die internationale Zusammenarbeit ist.

5. Wo wir stehen, wohin wir gehen

Oberstes Ziel von internationaler Gewerkschaftsarbeit ist der Aufbau einer Gegenmacht zu Kapitalinteressen, die sich dem Ziele einer gerechten, nachhaltigen Entwicklung verschreibt und für die weltweite Anhebung von Sozial- und Arbeitsstandards eintritt. Diese Auseinandersetzung wird nie gewonnen sein, sie ist ein Prozess, der durch die fortwährende Aushandlung von Normen und Regeln geprägt ist. Das bisher effektivste Mittel zu diesem Zwecke sind kollektive Verhandlungen.

Die Globalisierung der Wirtschaftsbeziehung stellt die Gewerkschaften vor große Herausforderungen. Mit ihr ist die Gefahr groß, dass die Interessen von Arbeitnehmern weltweit gegenseitig ausgespielt werden. Mehr Wettbewerb erhöht den Druck auf soziale Standards und Löhne.

In der gewerkschaftlichen Entwicklungszusammenarbeit wird es deshalb entscheidend darauf ankommen, allen Arbeitnehmern ins Bewusstsein zu rufen, dass sich der vollziehende Wandel und die Internationalisierung der Wirtschaftsbeziehung auf ihre alltägliche Situation im Beruf auswirken. Die Verantwortung für negative Veränderungen im eigenen Arbeitsalltag darf nicht bei jenen gesucht werden, die versuchen das beste aus ihrem Leben bei widrigen Bedingungen zu machen.

Verantwortung tragen jene, die die Regeln des Spiels bestimmen oder sie zu ihren Gunsten unterwandern. In Zukunft muss es gelingen, Arbeitnehmer weltweit an Entscheidungsprozessen, die direkte Auswirkung auf sie haben, teilhaben zu lassen. Nur dann ist es möglich, dass sich die Strukturen der Weltwirtschaft ihren Interessen anpassen und nicht einseitig von großen Exportunternehmen bestimmt sind.

Globalisierung ist nicht nur negativ. Sie bietet die Chance, dass auf Grund gemeinsamer Problemstellungen, der Druck steigt auch zu gemeinsamen Lösungen zu kommen. Globalisierung muss richtig gestaltet werden. Auf internationaler Ebene sind nicht weniger, sondern mehr Regeln notwendig.

Die Kenntnisse über globale wirtschaftliche Zusammenhänge ist die Grundlage für die politische und betriebliche Arbeit vor Ort. Erst dann wird erklärbar, warum Menschen migrieren, warum Firmen ihre Produktionsstandorte verlagern und warum Energiepreise stark steigen. Gewerkschaften müssen eine Interpretation dieser Phänomene geben, um zu verhindern, dass falsche nationalistische Schlüsse gezogen werden.

Die Entwicklungszusammenarbeit über Projekte gibt Nord wie Süd die Möglichkeit von einander zu lernen und eine Partnerschaft zu etablieren. Steigende Preise für Lebensmittel und Energie sind Probleme, die, wenn auch in anderen Dimensionen, Arbeitnehmer in Nord und Süd betreffen. Das gilt ebenso für den Klimawandel.

Projekte bieten die Möglichkeit in ständigem Austausch zu stehen und gemeinsam an Lösungen zu arbeiten. In diesem Zusammenhang ist darauf zu achten, dass in der Entwicklungszusammenarbeit koloniale Beziehungsstrukturen - auf der einen Seite die klugen und überlegenen Geldgeber auf der anderen Seite die empfangenden unterlegenen Armen - aufzubrechen sind. Alle Projektteilnehmer müssen an der Projektdurchführung gleichberechtigt teilhaben können. In der gewerkschaftlichen Entwicklungszusammenarbeit

darf es keinen „heimlichen Lehrplan“ geben, der durch die Hintertür koloniale Beziehungsmuster zementiert.

Entwicklungszusammenarbeit heißt voneinander lernen und voneinander profitieren. Legitimation von Entwicklungszusammenarbeit kann nur dann hergestellt werden, wenn beide Seiten das Gefühl haben, einen Nutzen aus ihr zu ziehen. Sie kann für die Probleme in der Welt sensibilisieren, das Gefühl für gemeinsame, weltweite Problemlagen erhöhen und fördert den kulturellen Austausch.

Entwicklungszusammenarbeit ist keine Symbolpolitik. Nimmt man die Lebenslage vieler Menschen ernst, so muss oberstes Anliegen sein, die nur begrenzt zur Verfügung stehenden Ressourcen so effektiv wie möglich einzusetzen. Wirkliche Veränderungen und Verbesserungen für die Menschen vor Ort sind das Ziel und nicht das nach außen demonstrierte Bekenntnis zu einer besseren Welt.